

VERTRAG ÜBER DIE INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT AUF DEM GEBIET DES PATENTWESENS

**CORRECTED
VERSION**

PCT

REC'D 16 FEB 2005

WIBG PCT

INTERNATIONALER VORLÄUFIGER PRÜFUNGSBERICHT

(Artikel 36 und Regel 70 PCT)



Aktenzeichen des Anmelders oder Anwalts PC 8540/DE 8373	WEITERES VORGEHEN siehe Mitteilung über die Übersendung des internationalen vorläufigen Prüfungsberichts (Formblatt PCT/PEA/416)	
Internationales Aktenzeichen PCT/DE 03/03407	Internationales Anmeldedatum (Tag/Monat/Jahr) 09.10.2003	Prioritätsdatum (Tag/Monat/Jahr) 10.10.2002
Internationale Patentklassifikation (IPK) oder nationale Klassifikation und IPK E02D17/20		
Anmelder HAUKE, Oskar		

- Dieser internationale vorläufige Prüfungsbericht wurde von der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde erstellt und wird dem Anmelder gemäß Artikel 36 übermittelt.
- Dieser BERICHT umfaßt insgesamt 6 Blätter einschließlich dieses Deckblatts.

☒ Außerdem liegen dem Bericht ANLAGEN bei; dabei handelt es sich um Blätter mit Beschreibungen, Ansprüchen und/oder Zeichnungen, die geändert wurden und diesem Bericht zugrunde liegen, und/oder Blätter mit vor dieser Behörde vorgenommenen Berichtigungen (siehe Regel 70.16 und Abschnitt 607 der Verwaltungsrichtlinien zum PCT).

 Diese Anlagen umfassen insgesamt 2 Blätter.

- Dieser Bericht enthält Angaben zu folgenden Punkten:
 - ☒ Grundlage des Bescheids
 - ☐ Priorität
 - ☐ Keine Erstellung eines Gutachtens über Neuheit, erfinderische Tätigkeit und gewerbliche Anwendbarkeit
 - ☐ Mangelnde Einheitlichkeit der Erfindung
 - ☒ Begründete Feststellung nach Regel 66.2 a)ii) hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung
 - ☐ Bestimmte angeführte Unterlagen
 - ☐ Bestimmte Mängel der internationalen Anmeldung
 - ☐ Bestimmte Bemerkungen zur internationalen Anmeldung

Datum der Einreichung des Antrags 06.05.2004	Datum der Fertigstellung dieses Berichts 15.02.2005
Name und Postanschrift der mit der internationalen Prüfung beauftragten Behörde  Europäisches Patentamt D-80298 München Tel. +49 89 2399 - 0 Tx: 523656 epmu d Fax: +49 89 2399 - 4465	Bevollmächtigter Bediensteter Gattinger, I Tel. +49 89 2399-6097 

I. Grundlage des Berichts

1. Hinsichtlich der **Bestandteile** der internationalen Anmeldung (*Ersatzblätter, die dem Anmeldeamt auf eine Aufforderung nach Artikel 14 hin vorgelegt wurden, gelten im Rahmen dieses Berichts als "ursprünglich eingereicht" und sind ihm nicht beigelegt, weil sie keine Änderungen enthalten (Regeln 70.16 und 70.17)*):

Beschreibung, Seiten

1-7 in der ursprünglich eingereichten Fassung

Ansprüche, Nr.

1-14 eingegangen am 30.10.2004 mit Schreiben vom 29.10.2004

2. Hinsichtlich der **Sprache**: Alle vorstehend genannten Bestandteile standen der Behörde in der Sprache, in der die internationale Anmeldung eingereicht worden ist, zur Verfügung oder wurden in dieser eingereicht, sofern unter diesem Punkt nichts anderes angegeben ist.

Die Bestandteile standen der Behörde in der Sprache: zur Verfügung bzw. wurden in dieser Sprache eingereicht; dabei handelt es sich um:

- ☐ die Sprache der Übersetzung, die für die Zwecke der internationalen Recherche eingereicht worden ist (nach Regel 23.1(b)).
- ☐ die Veröffentlichungssprache der internationalen Anmeldung (nach Regel 48.3(b)).
- ☐ die Sprache der Übersetzung, die für die Zwecke der internationalen vorläufigen Prüfung eingereicht worden ist (nach Regel 55.2 und/oder 55.3).

3. Hinsichtlich der in der internationalen Anmeldung offenbarten **Nucleotid- und/oder Aminosäuresequenz** ist die internationale vorläufige Prüfung auf der Grundlage des Sequenzprotokolls durchgeführt worden, das:

- ☐ in der internationalen Anmeldung in schriftlicher Form enthalten ist.
- ☐ zusammen mit der internationalen Anmeldung in computerlesbarer Form eingereicht worden ist.
- ☐ bei der Behörde nachträglich in schriftlicher Form eingereicht worden ist.
- ☐ bei der Behörde nachträglich in computerlesbarer Form eingereicht worden ist.
- ☐ Die Erklärung, daß das nachträglich eingereichte schriftliche Sequenzprotokoll nicht über den Offenbarungsgehalt der internationalen Anmeldung im Anmeldezeitpunkt hinausgeht, wurde vorgelegt.
- ☐ Die Erklärung, daß die in computerlesbarer Form erfassten Informationen dem schriftlichen Sequenzprotokoll entsprechen, wurde vorgelegt.

4. Aufgrund der Änderungen sind folgende Unterlagen fortgefallen:

- ☐ Beschreibung, Seiten:
- ☐ Ansprüche, Nr.:
- ☐ Zeichnungen, Blatt:

5. ☐ Dieser Bericht ist ohne Berücksichtigung (von einigen) der Änderungen erstellt worden, da diese aus den angegebenen Gründen nach Auffassung der Behörde über den Offenbarungsgehalt in der ursprünglich eingereichten Fassung hinausgehen (Regel 70.2(c)).

(Auf Ersatzblätter, die solche Änderungen enthalten, ist unter Punkt 1 hinzuweisen; sie sind diesem Bericht beizufügen.)

6. Etwaige zusätzliche Bemerkungen:

V. Begründete Feststellung nach Artikel 35(2) hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung

1. Feststellung

Neuheit (N)

Ja: Ansprüche 7-11

Nein: Ansprüche 1-3,5,6,12,13

Erfinderische Tätigkeit (IS)

Ja: Ansprüche 7-11

Nein: Ansprüche 4,14

Gewerbliche Anwendbarkeit (IA)

Ja: Ansprüche: 1-14

Nein: Ansprüche:

2. Unterlagen und Erklärungen:

siehe Beiblatt

Zu Punkt I

Grundlage des Bescheides

Die mit Schreiben vom 29. 10. 2004 eingereichten Änderungen im Anspruchssatz erfüllen die Erfordernisse des Artikels 34(2)(b) PCT.

Zu Punkt V

Begründete Feststellung hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung

1. Es wird auf die folgenden Dokumente verwiesen:

D2: GB 370 878 A (FERNAND NISOT; GUY PIERARD; JOSEPH CRABBE) 14. April 1932

D3: DATABASE.WPI Section Ch, Week 198705 Derwent Publications Ltd., London, GB; Class L02, AN 1987-033939, XP002271412
& JP 61 291441 A (MATSUSHITA ELECTRIC WORKS LTD) 22. Dezember 1986

D4: RO 113 460 B (CERNAU A.; COR D.; RUS S.) 30. Juli 1998

2. Auch unter Berücksichtigung der Argumentation des Anmelders in seinen Schreiben vom 29. Oktober 2004 sowie dem 01. Februar 2005 erfüllt die vorliegende Anmeldung nicht die Erfordernisse des Artikels 33(1) PCT, weil der Gegenstand der Ansprüche 1 bis 3, 5, 6 sowie 12 und 13 im Sinne von Artikel 33(2) PCT nicht neu ist.

2.1. Dokument D2 offenbart (vgl. den Recherchenbericht; die Verweise in Klammern beziehen sich auf dieses Dokument):

Ein Verfahren in dem pulverförmiges Material wasserabweisend gemacht wird (Seite 1; Zeilen 15 bis 20 und Seite 2; Zeilen 72 bis 80), wobei als pulverförmiges Material explizit Baumaterialien wie Sand und Kalkstein genannt werden (Seite 1; Zeilen 70 bis 79), wobei Sand naturgemäß als Schüttgut vorliegt. Der Gegenstand der unabhängigen Ansprüche 1 und 13 kann daher angesichts D2 nicht als neu angesehen werden. D2 verweist des weiteren explizit auf Betonteile (Seite 2;

Zeilen 78 bis 80), die mit den hydrophobierten Komponenten hergestellt werden können, die daher auch als neuheitsschädlich für das Bauwerk gemäß Anspruch 12 zu betrachten sind. Die in D2 vorgeschlagenen Hydrophobiermittel (Seite 1; Zeilen 80 bis 87) und der Kalkstein fallen des weiteren in den Bereich der abhängigen Ansprüche 3, 5 und 6, die deshalb ebenfalls nicht als neu betrachtet werden können.

In seinem Schreiben vom 01. Februar 2005 weist der Anmelder daraufhin, daß der Produktanspruch 1 ein "zweckgebundener" Anspruch sei, d.h. als limitierend für die Verwendung zur Errichtung oder Sanierung von wasserabweisenden Bauwerken, und daß daher die Offenbarungen der Dokumente D2 bis D4 nicht als neuheitsschädlich für den Gegenstand des Anspruchs 1 anzusehen seien. Hingegen ist dies nur der Fall, wenn das beanspruchte Produkt in seiner Form ausschließlich für die spezielle Anwendung geeignet ist (siehe PCT-Richtlinien 5.21), was hier nicht der Fall ist, da hydrophobierte Schüttgüter wie Sand auch als Zuschlagstoffe für Mörtel oder Beton geeignet sind (siehe u.a. D2). Die beabsichtigte Limitierung als "Verwendung von ... für ..." ist in diesem Fall durch den Anspruch 7 abgedeckt (siehe Punkt 4 unten).

2.2. Die Dokumente D3 und D4 offenbaren beide die Hydrophobierung von Zuschlagstoffen wie Calciumcarbonat mit Calciumstearat, die deshalb auch als neuheitsschädlich für den Gegenstand der Ansprüche 1, 2 und 13 anzusehen sind.

3. Die abhängigen Ansprüche 4 sowie 14 enthalten keine Merkmale, die in Kombination mit den Merkmalen irgendeines Anspruchs, auf den sie sich beziehen, die Erfordernisse des PCT in Bezug auf Neuheit bzw. erfinderische Tätigkeit erfüllen. Die Gründe dafür sind die folgenden:

Bei dem Merkmal der abhängigen Ansprüche 4 sowie 14 handelt es sich nur um eine von mehreren naheliegenden Möglichkeiten, aus denen der Fachmann ohne erfinderisches Zutun den Umständen entsprechend auswählen würde, um die gestellte Aufgabe zu lösen.

4. Die in dem Anspruch 7 enthaltene Merkmalskombination ist aus dem vorliegenden Stand der Technik weder bekannt, noch wird sie durch ihn nahegelegt. Die

Gründe dafür sind die folgenden:

Obwohl mit Stearaten oder Ölen hydrophobisierte Materialien wie Sand oder Gesteinsmehl per se bekannt sind (siehe D2 bis D4), offenbart keines der Dokumente des Stand der Technik die Verwendung dieser Materialien in verpackter Schüttgutform, d.h. in ungebundener Anwendung, zur Errichtung von wasserabweisenden und wasserbewahrenden Bauwerken wie Deichen.

Die Ansprüche 8 bis 11 sind vom Anspruch 7 abhängig und erfüllen damit ebenfalls die Erfordernisse des PCT in bezug auf Neuheit und erfinderische Tätigkeit.

AZ.: PCT/DE 03/03407

29.10.2004

Geänderte Ansprüche

1. Baumaterial in Form eines Schüttguts zur Errichtung oder Sanierung von wasserabweisenden und wasserbewahrenden Bauwerken, insbesondere Deichen, im wesentlichen bestehend aus einem durch eine Oberflächenbehandlung mit einem Hydrophobiermittel wasserabweisend gemachten Sand und/oder Gesteinsmehl.
- 5
2. Baumaterial nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß es 1 bis 2 Gew. % Calciumstearat als Hydrophobiermittel enthält.
3. Baumaterial nach Anspruch 1 oder 2, dadurch gekennzeichnet, daß es Tallöl, Sojaöl
- 10 oder Rapsöl als Hydrophobiermittel enthält.
4. Baumaterial nach einem der Ansprüche 1 bis 3, dadurch gekennzeichnet, daß es eine Körnung kleiner als 200 μm besitzt.
- 15 5. Baumaterial nach einem der Ansprüche 1 bis 4, dadurch gekennzeichnet, daß das Gesteinsmehl aus natürlichem, gebrochenem Gestein besteht.
6. Baumaterial nach einem der Ansprüche 1 bis 5, dadurch gekennzeichnet, daß es im wesentlichen aus einem Calciumcarbonat enthaltenden Gesteinsmehl hergestellt ist.
- 20
7. Anwendung eines als Schüttgut vorliegenden Materials, das im wesentlichen aus einem durch Oberflächenbehandlung mit einem Hydrophobiermittel wasserabweisend gemachten Sand und/oder Gesteinsmehl besteht, zur Errichtung oder Sanierung von Bauwerken, insbesondere Deichen.

25

- 9 -

8. Anwendung nach Anspruch 7, dadurch gekennzeichnet, daß das Material als in einen Behälter gefülltes Schüttgut vorliegt.
9. Anwendung nach Anspruch 8, dadurch gekennzeichnet, daß das Material in einen Sack
5 aus einem flexiblen Kunststoff, insbesondere Polyvinylchlorid, verpackt ist.
10. Anwendung nach Anspruch 8 oder 9, dadurch gekennzeichnet, daß der Behälter ein Ventilsack ist.
- 10 11. Anwendung nach einem der Ansprüche 8 bis 10, dadurch gekennzeichnet, daß der Behälter aus einem porösen Material hergestellt ist.
12. Bauwerk, insbesondere Deich, dadurch gekennzeichnet, daß es zum Schutz vor dem Eindringen von Flüssigkeit zumindest eine Kernzone enthält, die mit einem Material nach
15 wenigstens einem der Ansprüche 1 bis 6 und/oder mit einem Behälter nach einem der Ansprüche 8 bis 11 hergestellt ist.
13. Verfahren zur Herstellung des Materials nach einem oder mehreren der Ansprüche 1 bis 6, dadurch gekennzeichnet, daß der Sand und/oder das Gesteinsmehl dadurch wasser-
20 abweisend gemacht wird, daß vorgewählte Mengen Sand und/oder Gesteinsmehl und Hydrophobiermittel eine in Abhängigkeit von der Korngröße gewählte Zeitlang in einem Mischer vermischt werden.
14. Verfahren nach Anspruch 12, dadurch gekennzeichnet, daß das Gesteinsmehl aus natürlichem, gebrochenem Gestein hergestellt wird, indem dieses zerkleinert und vor der Hydrophobierung gereinigt wird.